

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XV

Teil 1	
Einleitung	1

Teil 2	
Die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	3
I. Eckpunkte der Reform	3
1. Zwingendes Recht	4
2. Verlagerung der Verhältnismäßigkeitsprüfung auf die Vollstreckungsebene	4
3. Stärkung und Konkretisierung der Vermögensabschöpfung nach dem Bruttoprinzip	5
4. Gesetzliche Regelung für die Abschöpfung bei Dritten	5
5. Schließung von Abschöpfungslücken	5
a) Selbständige Einziehung auch bei rechtlichen Hinderungsgründen	5
b) Erweiterte Einziehung bei jeder beliebigen Anknüpfungstat ...	6
c) Non-conviction-based confiscation	6
6. Reform der Opferentschädigung	6
II. Kritik an der Reform strafrechtlicher Vermögensabschöpfung	7
1. Kriminalpolitische Analyse der Reform des Einziehungsrechts ...	7
a) Reformbedarf	7
b) Erreichung des Nahziels	8
c) Erreichung des Fernziels	9
2. Zwingender europarechtlicher Umsetzungsbedarf	11
3. Negative Folgen für die Strafpraxis	11
a) Weitere Überlastung der Strafjustiz	12
b) Falsche ökonomische Anreize als institutionelle Handlungsnormen der Strafjustiz	13
4. Fazit	15

Teil 3	
Die Rechtsquellen vermögensabschöpfender Maßnahmen	
I. Zivilrechtliche Vermögensabschöpfungen	16
II. Gefahrenabwehrrechtliche Vermögensabschöpfungen	18
III. Normen mit mittelbar vermögensabschöpfender Funktion	19
IV. Rechtliche Gemengelage	20
Teil 4	
Europarechtliche Vorgaben	
Teil 5	
Übergangsrecht	
I. Materielles Übergangsrecht	24
1. Kein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot?	24
2. Erstinstanzliche Entscheidung vor dem 1.7.2017	25
3. Verschlechterungsverbot (§ 331 Abs.1 StPO) bei rückwirkender Anwendung	27
II. Prozessuales Übergangsrecht	28
III. Verfassungsgemäßheit von Art. 316h S. 1 EGStGB?	28
IV. Zusammenfassung	30
Teil 6	
Das materielle Einziehungsrecht	
I. Grundlagen des Einziehungsrechts	32
1. Rechtsnatur der Einziehung von Taterträgen (§ 73 ff. StGB)	32
2. Rechtsnatur der Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§§ 74 ff. StGB)	37
3. Rechtsnatur der Sicherungseinziehung gem. § 74b StGB	38
4. Rechtsnatur der Einziehung von sog. Beziehungsgegenständen ...	38
5. Anwendung der §§ 73 ff. StGB im Jugendstrafrecht	39
6. Zwischenergebnis	40
II. Die Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	41
1. § 73 StGB	41
a) Rechtswidrige Straftat als Anknüpfungstat	41
b) „etwas erlangt“	43
c) Zufluss durch oder für eine rechtswidrige Tat	45
d) Exkurs: die entgrenzte Vermögensabschöpfung	45
aa) Senkrechte Uferlosigkeit der Einziehung	46
bb) Waagerechte Uferlosigkeit der Einziehung	48

e) Sonstige Einschränkungen	48
f) Ist das Unmittelbarkeitskriterium wirklich weggefallen?	50
g) Die Zurechnung des Erlangten gem. § 25 Abs. 2 StGB	50
2. Umfang des abschöpfbaren Erlangten: Herausgabe des originär Erlangten oder Wertersatz?	53
a) Nutzungen und Surrogate	55
b) Die Bestimmung des Erlangten gem. § 73d StGB	56
aa) Auslegung und Anwendung des Bruttoprinzips vor der Reform	57
bb) Die zweistufige Prüfung nach der Reform	59
cc) Ungeschriebene Ausnahmen: Nur in zeitlicher und sachlicher Hinsicht mit der Straftat konnexe Aufwendung	60
dd) Ausdrückliche Ausnahmen gem. § 73d Abs. 1 S. 2 StGB	62
ee) Exkurs: Ersparte Aufwendungen	63
c) Ergänzende Wertersatzeinziehung	65
3. Schätzung gem. § 73d Abs. 2 StGB	66
4. Ausschluss der Einziehung gem. § 73e StGB	68
a) Klassische Erlöschensgründe	68
b) Verhältnismäßigkeitsregel oder (Teil-)Akzessorietät?	70
c) Verteidigungsstrategie	73
d) Der gutgläubige Drittbegünstigte gem. § 73e Abs. 2 StGB	73
III. Die erweiterte Einziehung gem. § 73a StGB	74
1. Jede rechtswidrige Anknüpfungstat	74
2. Nur Gegenstände	76
3. Feststellung und Nachweis der Herkunft	76
IV. Die Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§ 74 StGB)	78
1. Tatbestandliche Voraussetzungen	79
a) Formale Rechtsposition	79
b) Tatprodukt	80
c) Tatmittel	80
d) Tatobjekte nur aufgrund von Sondervorschriften	81
e) Vorsätzlich rechtswidrige und schuldhaft begangene Tat	82
2. Rechtsfolge: Strafzumessungsentscheidung	82
3. Wertersatzeinziehung gem. § 74c StGB	83
V. Straffähnliche Dritteinziehung gem. § 74a StGB	84
VI. Sicherungseinziehung gem. § 74b StGB	86
VII. Exkurs: Einziehung im Sicherungsverfahren gem. § 413 StPO	87
VIII. Die Wirkung der Einziehung	88
IX. Abschöpfung bei Drittbegünstigten gem. § 73b StGB	90

1. Grundbegriffe	90
2. Rechtsnatur	91
3. Europarechtliche Grundlagen	92
4. Vertretungs- und Verschiebungsfälle gem. § 73b StGB	93
a) Vertretungsfall	94
b) Verschiebungsfall	94
5. Inhalt und Grenzen von Abschöpfungsketten gem. § 73b Abs. 1 S. 2 StGB	95
6. Unmittelbarkeits- und Bereicherungszusammenhang	96
7. Erbe, Pflichtteilsberechtigter oder Vermächtnisnehmer	98
8. Nutzungen und Surrogate	98
X. Nachträgliche Einziehung gem. § 76 StGB	98
XI. Selbständige Einziehung gem. § 76a StGB	99
1. Einziehungsentscheidungen nach § 76a Abs. 1 bis Abs. 3 StGB	100
2. Subsidiarität des selbständigen Einziehungsverfahrens	101
3. § 76a Abs. 1 StGB: Rechtliche oder tatsächliche Hindernisse	104
4. § 76a Abs. 2 StGB: Entkoppelung der Verjährung und Sicherungseinziehung	104
5. § 76a Abs. 3 StGB: Selbständige Einziehung auch bei Opportunitätseinstellungen	106
6. § 76a Abs. 4 StGB: Die Einziehung von Vermögen unklarer Herkunft	106
a) Subsidiarität von § 76a Abs. 4 StGB	108
b) Mangelnde Verfolgbarkeit des Betroffenen	109
c) Verdacht einer Katalogtat	109
d) “Herrühren“	110
e) Überzeugungsbildung des Gerichts	111
f) Die Kriterien von § 437 StPO	114
g) Verwendungs- und Verwertungsverbot	118
XII. Die Einziehung bei juristischen Personen	121
1. Trennung der Vermögensmassen	122
2. Höchstrichterliche Rechtsprechung zum alten und neuen Recht	123
3. Einwände gegen das Durchgriffsverbot	126
4. Zwischenergebnis	128
5. Abschöpfung des Geschäftsführergehalts	129
6. Einziehung bei vermögenslosen oder insolventen Gesellschaften	131
7. Nachrangige Insolvenzforderungen	132
8. Vermögenlose oder gelöschte Gesellschaften	133
XIII. Rechtsmittel gegen die im Urteil erfolgte Einziehungsentscheidung	134
1. Zulässigkeit der Revision	134
2. Beschränkung der Rechtsmittel	135

3. Rechtsmittel im selbständigen Einziehungsverfahren	135
4. Rechtsmittel des Einziehungsbeteiligten und Nebenbetroffenen . .	135
XIV. Opferentschädigung	136
XV. Das Vollstreckungsverfahren	137
1. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	137
2. Zuständigkeit der Vollstreckungsbehörde	138
3. Vollstreckung des originären Tatertrags und der Wertersatzein- ziehung	138
4. Schutz vor doppelter Inanspruchnahme	139
5. Wegfall der Bereicherung	139
a) Obligatorisch oder fakultativ?	140
b) Tatbestandliche Voraussetzungen	141
6. „sonst unverhältnismäßig“	142

Teil 7

Verteidigung gegen die vorläufige Sicherung von Vermögenswerten	143
I. Einleitung	143
II. Überlegungen bei der Mandatsübernahme	144
III. Das Instrumentarium der vorläufigen Vermögensabschöpfung	146
IV. Verteidigung gegen die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	147
1. Gesetzliche Voraussetzungen für die Anordnung von Beschlag- nahme und Vermögensarrest	147
a) Formelle Anordnungsvoraussetzungen	148
aa) Zuständigkeit	148
bb) Notwendiger Inhalt der Entscheidung	150
b) Materielle Anordnungsvoraussetzungen	152
aa) Tatverdacht	152
bb) Wahrscheinlichkeit der späteren Einziehung	154
cc) Sicherheitsbedürfnis	156
(1) Dogmatische Herleitung	156
(2) Voraussetzungen	157
dd) Angemessenheit	159
2. Rechtsfolge: Ermessen	161
3. Dauer von Beschlagnahme und Vermögensarrest	162
4. Verhältnis zu anderen strafprozessualen Zwangsmaßnahmen	163
5. Akteneinsicht	164
6. Rechtsschutz	165
a) Antrag auf richterliche Entscheidung	165
b) Beschwerde	166

V. Verteidigung gegen die Vollziehung von Beschlagnahme und Vermögensarrest	166
1. Zuständigkeit	167
2. Vollziehungsfrist	168
3. Art und Weise der Vollziehung	169
a) Beschlagnahme	170
aa) Bewegliche Sachen	170
bb) Forderungen	171
cc) Unbewegliches Vermögen	171
c) Vermögensarrest	172
aa) Auswahl der zu sichernden Vermögenswerte	172
bb) Verbot der Übersicherung	173
cc) Durchführung der Vollziehung	174
(1) Bewegliche Sachen	174
(2) Forderungen	174
(3) Unbewegliches Vermögen	175
4. Wirkungen der Vollziehung von Beschlagnahme und Vermögensarrest/Verhältnis zum Insolvenzrecht	175
a) Beschlagnahme	176
aa) Wirkungen	176
bb) Verhältnis zum Insolvenzrecht	177
b) Vermögensarrest	178
aa) Wirkungen	178
bb) Verhältnis zum Insolvenzrecht	179
5. Verwaltung, Notveräußerung und Rückgabe gesicherter Vermögenswerte	182
a) Verwaltung gesicherter Gegenstände	182
b) Notveräußerung	184
c) Besonderheit bei der Beschlagnahme: Rückgabe beweglicher Sachen an den Betroffenen	186
aa) Rückgabe gegen Beibringung des Wertes	187
bb) Überlassung zur vorläufigen weiteren Benutzung	187
6. Rechtsschutz	188
a) Art und Weise der Vollziehung	188
b) Entscheidungen im Rahmen der Notveräußerung	189

Teil 8

Das Verfahren im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Einziehung

I. Einleitung	190
II. Ermittlungsverfahren	191
1. Finanzermittlungen	191

2. Beschränkung auf die anderen Rechtsfolgen	192
a) Voraussetzungen	192
b) Rechtsfolge: Ermessen	193
c) Aufhebung der Beschränkung	195
3. Beendigung des Hauptsacheverfahrens durch Opportunitäts- entscheidung	195
III. Einziehungsentscheidung in der Hauptverhandlung	195
1. Gegenstand der Beweisaufnahme	196
2. Beweisanträge	196
3. Absehen von der Einziehung in der Hauptverhandlung	197
a) Voraussetzungen	198
aa) Geringwertigkeit des Erlangten	198
bb) Verzichtbarkeit der Einziehung	198
cc) Unangemessener Aufwand	199
b) Rechtsfolge: Ermessen/Verhältnis zu § 422 StPO	201
c) Wiedereinbeziehung der Vermögensabschöpfung	202
4. Abtrennung der Einziehungsentscheidung	202
a) Voraussetzungen	203
b) Abtrennung bereits im Ermittlungsverfahren?	203
c) Rechtsmittel	204
d) Verfahren nach Abtrennung	204
e) Wiedereinbeziehung	206
5. Verständigung	206
6. Verzicht auf vorläufig gesicherte Gegenstände	207
IV. Einziehungsentscheidung im Strafbefehlsverfahren	209
V. Einziehungsentscheidung im selbständigen Einziehungsverfahren	210
1. Antrag	210
2. Gerichtliches Verfahren	211
a) Zwischenverfahren	212
b) Wechsel vom subjektiven ins objektive Verfahren	212
c) Hauptverfahren	213
d) Rechtsmittel	214
VI. Verfahrensrechtliche Stellung von Drittbetroffenen	215
1. Einziehungsbeteiligte	216
a) Adressat der Beteiligungsanordnung/Vertretung bei juristischen Personen	216
b) Zeitpunkt und Voraussetzungen der Anordnung	217
c) Unterbleiben und Absehen von der Verfahrensbeteiligung	218
d) Verfahrensrechtliche Stellung des Einziehungsbeteiligten	218
e) Vertretung durch einen Rechtsbeistand	220
f) Einziehungsentscheidung im Nachverfahren	221

aa) Zulässigkeit des Antrags auf Durchführung des Nachverfahrens	221
bb) Prüfungsmaßstab, Zuständigkeit und Verfahren bei der Entscheidung	222
2. Nebenbetroffene	223

Teil 9

Die Vergütung des Verteidigers im Einziehungsverfahren	225
I. Persönlicher Anwendungsbereich	225
II. Sachlicher Anwendungsbereich	226
III. Bemessung der Wertgebühr	228
<i>Literaturverzeichnis</i>	231
<i>Stichwortverzeichnis</i>	241